

„Die Werkstätten für behinderte Menschen sind ins Gerede gekommen“

Leistungsträger üben Kritik an der Arbeit der Werkstätten

„Die Werkstätten für behinderte Menschen sind ins Gerede gekommen“ formuliert der Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) Bernd Finke am 22.10.2007 auf einer Fachtagung in Wolfsburg.

Er liefert auch gleich die Begründung, nämlich: „Das System Werkstätten ist starr, nicht flexibel genug, kaum beweglich und aus Sicht der Finanzverantwortlichen fiskalisch auf Dauer nicht finanzierbar“.

Was ist passiert, warum sind die Problemlöser der letzten 3 Jahrzehnte in den Augen der Leistungsträger zum Problem geworden?

Die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit einer Behinderung sind in den letzten 10 Jahren um 67% gestiegen. Sie beliefen sich im Jahre 2006 auf 11,8 Mrd. Euro.

Dies liegt aber nicht daran, dass sich die Leistungserbringer maßlos an den öffentlichen Geldtöpfen bedient haben sondern daran, dass die Zahl der unterstützungsbedürftigen Menschen im gleichen Zeitraum um 53 % gestiegen ist. Dieser Anstieg hat einen Grund und der liegt in der deutschen Geschichte. Hier hat sich eine neue Bevölkerungsgruppe aufgebaut, der man bis 1945 das Lebensrecht verweigert hat. Dieser Anstieg ist also ohne weitere Diskussion hinzunehmen. Bleibt eine Differenz von 14% in 10 Jahren, aus denen die Leistungsanbieter ihre Kostensteigerungen finanziert haben, also 1,4% pro Jahr.

Betrachtet man dann noch die Tatsache, dass die Menschen in den Werkstätten um die es geht, durch eigene EU Renten, Kostenbeiträgen aus ihren Werkstattlöhnen sowie Ansprüchen an die Pflegekasse, die an die Leistungsträger übergeleitet werden heute ca. 8% der verursachten Kosten selbst tragen, so bleibt von dem beklagten Kostenanstieg nicht viel über.

Prof. Dr. Ulli Arnold von der Universität Stuttgart hat sich mit den Finanzströmen in die Werkstätten für behinderte Menschen und aus denselben hinaus beschäftigt. Er kommt bei seiner Betrachtung zu dem Ergebnis, dass die Differenz zwischen den Mittelzuflüssen aus öffentlichen Kassen und den Mittelabflüssen in öffentliche Kassen also die Nettoinanspruchnahme öffentlicher Mittel bei nur 56% der Bruttokosten liegt, Tendenz sinkend.

Insgesamt hat die Eingliederungshilfe einen Anteil von 1,5% am Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland, das 2006 einen Umfang von 700,2 Mrd. Euro hatte.

Soviel zur Diskussion über die Kosten der Eingliederungshilfe, die sich im übrigen vor dem Hintergrund stark sprudelnder Steuereinnahmen abspielt. Die gesamten Steuereinnahmen stiegen in der Bundesrepublik von 430,4 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf 530,9 Mrd. Euro im Jahr 2008.

Der zweite Vorwurf, der erhoben wird, zeugt von einer gewissen Ignoranz gegenüber den Entwicklungen der letzten Jahre, die sich in den Werkstätten für behinderte Menschen abgespielt haben.

Es steht auch für die Leistungsträger offenbar außer Frage, dass die wesentlich behinderten Menschen, die wegen Art und Schwere der Behinderung, auch mit den Instrumenten von SGB II, SGB III und SGB IX sowie verschiedenen Förderprogrammen nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, weiterhin auf das Angebot einer WfbM angewiesen sind. Über 90 % der momentanen Werkstattbesucher gehören zu diesem Personenkreis. Für diese Menschen gibt es inzwischen qualitativ ausgezeichnete, in vielen Fällen zertifizierte, Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme, Außenarbeitsplätze und Außenarbeitsgruppen, virtuelle Werkstätten, anspruchsvolle Tätigkeiten in den Häusern und nicht zuletzt, Arbeit und Beschäftigung für die immer größer werdende Zahl von Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf, die in der derzeitigen Diskussion vollkommen aus dem Fokus geraten sind.

Im Focus steht eine vergleichsweise kleine Gruppe von behinderten Menschen, die mit einer auf ihren individuellen Bedarf zugeschnittenen Fördermaßnahme incl. der entsprechenden Begleitung eventuell eine Chance auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben. Die Förderung dieser Menschen ist ein erklärtes Anliegen der Werkstätten, aber um hier erfolgreich agieren zu können, bedarf es einer Verbesserung der staatlichen Förderinstrumente und einer Klärung der offenen Rentenversicherungsfragen. Ohne eine dauerhafte finanzielle Förderung dieser Personen, deren verminderte Erwerbsfähigkeit ein Fakt ist, gibt es keine dauerhaften Platzierungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Modellprojekte des persönlichen Budgets für Arbeit zeigen in die richtige Richtung.

Die derzeitige Diskussion über die Werkstätten für behinderte Menschen ist eine Geisterdebatte, die von den Fehlern und Versäumnissen der Politik in den vergangenen Jahren ablenken soll und nachweislich die Falschen zu Sündenböcken macht. Diese Diskussion ist nicht zielführend und birgt die Gefahr der Zerstörung eines angemessenen und funktionierenden Systems in sich. Was fehlt ist ein sozialpolitischer Masterplan, der den gesetzgeberischen Flickenteppich der letzten Jahre ablöst. Dies geht nur miteinander und nicht gegeneinander. Wir sind bereit!

Munkbrarup, den 08.10.2007

Hans-Wilhelm Thielsen